Niederschrift

über die 22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 10.05.2001, 16.00 Uhr, im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Öffentlicher Teil

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Stadtverordnete (StV) an der Sitzung teil:

Anhalt, Wolfgang,	StV
Birx, Michael,	StV
Bochem, Hans-Peter,	StV, 16.00 - 17.15 Uhr (bis TOP 1 nichtöffentlicher Teil)
Capellmann, Peter,	StV
Doose, Friederike,	StV
Friedrich, Egbert,	StV
Gunia, Wolfgang,	2. Stellv. Ausschussvorsitzender
Hoven, Matthias,	StV, nicht anwesend
Kieven, Hubert,	StV
Kolonko-Hinssen, Eva-Maria,	StV mit beratender Stimme
Köhne, Franz-Josef,	StV
Lambertin, Servatius,	StV
Meyer, Hans,	StV
Müller, Heinz,	StV
Neuenhoff, Claus Hinrich,	StV
Pott, Hildegard,	StV
Riesen, Karl-Heinz,	StV
Schmitz, Peter,	1. Stellv. Ausschussvorsitzender
Schumacher, Dr. Helmut,	StV
Viertmann, Karl,	Vertreter für StV Matthias Hoven

Von der Verwaltung nehmen an der öffentlichen Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Krause, Joachim	Dezernent
Spelthann, Edmund	Kämmerer
Heinen, Helmut	Hauptamtsleiter
Haffner, Kerstin	Rechtsamtsleiterin
Holz, Karl Heinz	Sozialamtsleiter, zu TOP 3
Spohr, Heribert	Sachbearbeiter Sozialamt, zu TOP 3

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 16.00 Uhr die öffentliche Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Weiterhin schlägt er vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Beratungspunkt

6. a Mittelbereitstellung für die Finanzierung der Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Zentralben Omnibusbahnhofes
- Dringlichkeitsentscheidung -
(Vorlagen-Nr.: 231/2001)

zu erweitern. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung der Erweiterung wie folgt dar:

Tagesordnung:

A Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
2. Anfragen
3. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung der Übergangsheime der Stadt Jülich
(Vorlage 203/2001)
4. Überarbeitung des Solarbeschlusses
(Vorlage 165/2001)
5. Ausbildungsplätze 2002
(Vorlage 222/2001)
6. Heraufsetzung der Grenze für beschränkte Ausschreibungen
(Antrag Nr. 19/2001 der F.D.P.-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion vom 25.04.2001)
(Vorlage 230/2001)
6. a Mittelbereitstellung für die Finanzierung der Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofes
- Dringlichkeitsentscheidung -
(Vorlagen-Nr.: 231/2001)
7. Anregungen / Beschwerden
- 7.1 Beteiligung der Anwohner bei der Planung der Straßenumgestaltung der Christinastraße in Jülich;
hier: Anregung/Beschwerde Nr. 4/2001 des Herrn Detlef Dallmann, Christinastr. 10, Jülich vom 07.03.2001
(Vorlage 225/2001)
- 7.2 Wirtschaftliche Optimierung der Bädersituation in Jülich;
hier: Anregung/Beschwerde Nr. 5/2001 der „Initiative zur Erhaltung der Jülicher Bäder“ vom 10.04.2001
(Vorlage 227/2001)

B Nichtöffentlicher Teil

A Öffentlicher Teil

Da zum Beratungspunkt 7.2 „Wirtschaftliche Optimierung der Bädersituation in Jülich - Anregung/Beschwerde Nr. 5/2001 der Initiative zur Erhaltung der Jülicher Bäder vom 10.04.2001“ eine Vielzahl von Interessierten anwesend sind, schlägt Bürgermeister Stommel vor, den Beratungspunkt vorzuziehen.

Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

- 7.2 Wirtschaftliche Optimierung der Bädersituation in Jülich;
hier: Bürgerantrag Nr. 5 der „Initiative zur Erhaltung der Jülicher Bäder“ vom
10.04.2001
(Vorlagen-Nr.: 227/2001)

Mit 8 Ja-Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen wird Herrn Maas von der Initiative zur Erhaltung der Jülicher Bäder für ein Statement das Wort erteilt.

Herr Maas erklärt, dass der Bürgerantrag dazu dienen soll, dass eine Entscheidung des Rates in der Bäderfrage getroffen wird.

In der Bevölkerung sei der Eindruck entstanden

1. dass die Stadt die Bäder loswerden und an anderer Stelle ein Kombibad bauen will;
2. die Kosten und der Wertverlust bewusst in Kauf genommen werden in der Hoffnung, doch noch einen Investor für ein Kombibad zu finden bzw. sich noch eine andere Lösung ergibt;
3. dass möglicherweise das Hallenbad wirtschaftlichen Interessen geopfert werden könnte, wenn die Stadtwerke in eine GmbH umgewandelt werden.

Die Initiative erwarte, dass der Stadtrat eine Grundsatzentscheidung darüber trifft, dass die beiden Bäder erhalten werden sollen bzw. wenn es anders sein soll, dass er eine andere Lösung sichtbar anstrebt.

Seitens Stadtoberverwaltungsrat Heinen wird darauf hingewiesen dass die Frage noch geklärt werden müsse, ob ein Bürgerbegehren gemäß § 26 GO NW zulässig sei für den Fall, dass die Stadtwerke in eine GmbH umgewandelt werden und das Hallenbad auf die GmbH übergeht. Nach Prüfung wird das Ergebnis den Ratsmitgliedern und der Initiative mitgeteilt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

„Eine Entscheidung über die Bäderfrage wird zurückgestellt bis die Finanzierung der Projekte Gymnasialerweiterung, Sonderschulneubau und Stadthallenneubau geklärt ist.“

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- 1.1 Ersatzwahl für die Entsendung der Delegierten der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur in die Verbandsversammlung
(Vorlagen-Nr.: 243/2001)

Mit Schreiben vom 26.04.2001 teilt der Wasserverband Eifel-Rur mit, dass Herr Reinhold Wegner aufgrund der Niederlegung seines Mandats im Rat der Gemeinde Niederzier aus der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur ausgeschieden ist.

Die Gemeinde Niederzier hat für das ausgeschiedene Mitglied als Ersatzbenennung Herrn Heinz-Josef Wirtz (Ratsmitglied der Gemeinde Niederzier) vorgeschlagen.

Die Stadt Jülich kann gemäß § 5 Abs. 3 und 9 der Verbandssatzung innerhalb einer Ausschlussfrist von 2 Wochen nach Zugang der Benachrichtigung beantragen, ein Wahlverfahren für die Ersatzbenennung durchzuführen. Hierfür wären dann wiederum mit einer Ausschlussfrist von 6 Wochen Wahlvorschläge zu unterbreiten.

Die Stadt Jülich ist in der Verbandsversammlung entsprechend ihren Anteilen mit 4 Delegierten vertreten.

Die Delegierten der Stadt Jülich sind:

Bürgermeister Heinrich Stommel
Stadtverordneter Claus Hinrich Neuenhoff
Stadtverordneter Wolfgang Gunia
Stadtverordneter Heinz Frey

Von den übrigen der Stadt Jülich aufgrund der Beitragsteileinheiten zustehenden Stimmen, die jedoch für die Entsendung eines eigenen Delegierten nicht ausreichen und die aus diesem Grund auf die Gemeinden im Kreis Düren aufgeteilt wurden, die ansonsten keinen Delegierten in die Verbandsversammlung entsenden können, wurde im Wahlverfahren im Jahr 1998 eine Stimme für Herrn Wegner aus Niederzier abgegeben.

Durch die Ersatzbestimmung des Delegiertensitzes der Gemeinde Niederzier ändert sich an der vorgenannten Vertretung der Stadt Jülich nichts.

Die Beantragung eines Wahlverfahrens wird seitens der Verwaltung nicht für erforderlich angesehen.

Sollte keines der 15 kommunalen Mitglieder der Beitragsteilgruppe an der Durchführung eines Ersatzwahlverfahrens interessiert sein und sich alle Mitglieder mit dem Vorschlag der Gemeinde Niederzier einverstanden erklären, das Ratsmitglied Heinz-Josef Wirtz zu benennen, wird nach Ablauf der im Schreiben des Wasserverbandes Eifel-Rur gesetzten Ausschlussfrist von 2 Wochen die Ersatzbenennung der Gemeinde Niederzier rechtsgültig.

Sollte im Haupt- und Finanzausschuss keine gegenteilige Meinung vertreten werden, wird dem Wasserverband Eifel-Rur mitgeteilt, dass sich die Stadt Jülich mit dem Vorschlag der Gemeinde Niederzier einverstanden erklärt.

Eine gegenteilige Meinung wird nicht vorgebracht.

1.2 Neubau des Geschäftshauses „JULIACUM“ auf dem ehemaligen Postgrundstück; hier: Verkehrsführung anlässlich der Baumaßnahme (Vorlagen-Nr.: 245/2001)

Wie bereits anlässlich der Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am 03.05.2001 mitgeteilt, hat am 10.04.2001 ein Gespräch mit dem Vertreter der bauausführenden Firma Holzmann stattgefunden, in dem die Baufirma durch Übergabe eines Planes die nach ihrer Auffassung zur Durchführung der Baumaßnahme in Anspruch zu nehmende öffentliche Geh- und Straßenfläche der Poststraße mitgeteilt wurde. Danach verbleibt lediglich für die Aufrechterhaltung des Verkehrs die Breite einer Fahrspur, so dass für die Dauer der Baumaßnahme die Poststraße nur als Einbahnstraße zur Verfügung stehen würde.

Zwischenzeitlich hat am 07.05.2001 mit den Vertretern der Firma Holzmann ein Orts-termin in der Poststraße stattgefunden, bei dem sich herausgestellt hat, dass aufgrund der erforderlichen Gerüstaufstellung, Sicherheitsabstand, Zufahrtsmöglichkeit-, Be- und Entlademöglichkeit für LKW, Bauzaun die für einen Zweirichtungsverkehr erforderliche Mindestbreite für eine 5,50 m breite Fahrbahn nicht mehr erreicht werden kann. Es ist deshalb vorgesehen, eine

Einbahnstraßeregelung von der Großen Rurstraße Richtung Schlosstraße vorzunehmen. Hierdurch wird gewährleistet, dass der gesamte Schulbusverkehr, der täglich mit über 20 Bussen in entsprechender Fahrrichtung die Poststraße nutzt, beibehalten werden kann. Jedoch wird es erforderlich, die Buslinie 95 Wassenberg-Jülich mit Einrichtung einer Ersatzbushaltestelle am Propst-Bechte-Platz, Höhe Gaststätte Bastei, zur Großen Rurstraße/Walramplatz umzuleiten.

Der Parkplatz Große Rur-/Kleine Kölnstraße wird in Breite des zu bebauenden Postgrundstückes teilweise für die Aufstellung von Containern in Anspruch genommen. Die bisherige Zufahrt zum Parkplatz und eine teilweise Nutzung der verbleibenden Stellplätze bleibt gewährleistet. Der Gehweg Kölnstraße entlang des Postgrundstückes wird lediglich in einer Breite von 2 m in Anspruch genommen.

Durch die bauausführende Firma Holzmann wurde der Parkplatz Poststraße am 07.05.2001, nachmittags, geschlossen. Nach Mitteilung der Baufirma ist vorgesehen, am Montag, den 14.05.2001 unmittelbar an der bisher vorhandenen Begrenzungsmauer zunächst den Bauzaun aufzustellen und mit den vorbereitenden Arbeiten auf dem Grundstück zu beginnen.

1.3 Übernahme einer Auszubildenden in ein Dauerarbeitsverhältnis (Vorlagen-Nr.: 235/2001)

1 Auszubildende der Stadtbücherei für den Beruf „Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste“ beendet im Juni 2001 ihre Ausbildung.
Es wird beabsichtigt, die Auszubildende in ein Dauerarbeitsverhältnis als Teilzeitkraft mit 16 Wochenstunden/Vergütungsgruppe VII BAT zu übernehmen.
Die Übernahme erfolgt vorbehaltlich des Bestehens der Abschlußprüfung mit der Mindestnote befriedigend.
Die Lösung ist kostenneutral, da eine Mitarbeiterin der Stadtbücherei gleichzeitig in Altersteilzeit geht. Der Bedarf ist nachgewiesen und stellenplanmäßig abgedeckt.
Es wird davon ausgegangen, dass der Einstellungsstoppbeschluss des Rates für diesen Fall als aufgehoben gilt.

Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

1.4 Landesförderung für Schul- und Stadthallenbauten in Jülich (Vorlagen-Nr.: 219/2001)

Der Regierungspräsident hat den Antrag der Stadt Jülich befürwortend an die Staatskanzlei weitergeleitet. Die Verwaltung wird der Angelegenheit kontinuierlich nachgehen.

1.5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Bezüglich der Einberufung des Lenkungskreises für die Lokale Agenda 21 und der Einberufung eines Gespräches mit dem Forschungszentrum Jülich unter Einbeziehung der Fraktionsvorsitzer bezüglich der Bewerbung Jülichs als Standort für die geplante Europäische Spallations-Quelle (ESS) wird mitgeteilt, dass die Beschlüsse in der Zwischenzeit umgesetzt sind.

Die übrigen Beschlüsse sind durchgeführt.

Über die in der Sitzung des Stadtrates am 26.04.2001 gefassten Beschlüsse wird in der nächsten Sitzung berichtet.

2. Anfragen

Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion (Nr. 6/2001) vom 11. Und 13.04.2001 „zur Situation auf dem Jülicher Kommunalfriedhof“
(Vorlagen-Nr.: 236/2001)

Mit Schreiben vom 11. und 13.04.2001 wird seitens der CDU-Stadtratsfraktion eine umfangliche Anfrage zur Situation auf dem Jülicher Kommunalfriedhof gestellt. Für eine Beantwortung dieser Anfrage ist eine eingehende Prüfung erforderlich. Es ist beabsichtigt, die Anfrage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.06.2001 zu beantworten.

3. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung der Übergangsheime der Stadt Jülich
- Dringlichkeitsentscheidung -
(Vorlagen-Nr.: 203/2001)

Beschlussempfehlung:
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt als Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO wie folgt:

„Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung von Übergangsheimen der Stadt Jülich ist wie folgt zu erlassen:

Folgt Satzung im Wortlaut gemäß Anlage.

Die Mehreinnahmen bei Unterabschnitt (UA) 4370 werden zur Deckung der Mehrausgaben bei UA 4210 verwendet.“

4. Überarbeitung des Solarbeschlusses
(Vorlagen-Nr.: 165/2001)

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, die Angelegenheit auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion ohne Beschlussempfehlung an den Rat passieren zu lassen.

5. Ausbildungsplätze 2002
(Vorlagen-Nr.: 222/2001)

Beschluss:
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

„2002 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:
1 Stadtinspektorwärter/in (ab 01.09.2002)
1 Verwaltungsfachangestellte/r (ab 01.08.2002)

Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2002 bereitzustellen.“

6. Heraufsetzung der Grenze für beschränkte Ausschreibungen
Antrag Nr. 19/2001 der F.D.P.-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion vom 25.04.2001

(Vorlagen-Nr.: 230/2001)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Heraufsetzung der Grenze für beschränkte Ausschreibungen auf 150.000,-- DM zu prüfen.“

6. a Mittelbereitstellung für die Finanzierung der Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofes
- Dringlichkeitsentscheidung -
(Vorlagen-Nr.: 231/2001)

Beschlussempfehlung:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuß beschließt als Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW wie folgt:

„Der Haupt- und Finanzausschuß beschließt für die Finanzierung der Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofes die außerplanmäßige Bereitstellung von 60.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 2.6300.95041 - Entwurfsplanung- und Ausführung Bereich Bushof. Die Deckung erfolgt aus Haushaltsstelle 6300.9400.3 - Sanierung Innenstadt.“

7. Anregungen / Beschwerden

- 7.1 Bürgerantrag auf Beteiligung der Anwohner bei der Planung der Straßenumgestaltung der Christinastraße. In Jülich
hier: Anregung/Beschwerde Nr. 4/2001 des Herrn Detlef Dallmann, Christinastraße, 10, Jülich
(Vorlagen-Nr.: 225/2001)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

„Die Anregung/Beschwerde (Nr. 4/2001) des Herrn Detlef Dallmann, Christinastraße 10, 52428 Jülich, vom 07.03.2001 bezüglich der Beteiligung der Anwohner bei der Planung der Straßenumgestaltung der Christinastraße in Jülich wird zur weiteren Beratung an den Planungs- Umwelt- und Bauausschuss verwiesen.“

- 7.2 Wirtschaftliche Optimierung der Bädersituation in Jülich;
hier: Bürgerantrag Nr. 5 der „Initiative zur Erhaltung der Jülicher Bäder“ vom 10.04.2001
(Vorlagen-Nr.: 227/2001)

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung beraten.

Bürgermeister Stommel schließt gegen 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Der Niederschrift ist als Anlage beigefügt:

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung von Übergangsheimen der Stadt Jülich

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung von Übergangsheimen der Stadt Jülich vom

Aufgrund der §§ 7, 8 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NW- in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2001 (GV NW S. 245) und der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV NW S. 712/SGV NW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1999 (GV NW S. 718), hat der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Jülich in Ausführung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Übersiedlern - Landesaufnahmegesetz - vom 21.03.1972 (GV NW S. 61/SGV NW 24) zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.11.1994 (GV NW S.1087) und in der Ausführung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) vom 27.03.1984 (GV NW S. 214/SGV NW 24) zuletzt geändert am 29.11.1994 (GV NW S. 1087) in seiner Sitzung am 10.05.2001 im Wege der Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW für den Rat der Stadt Jülich folgende 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung von Übergangsheimen der Stadt Jülich in Jülich beschlossen.

Artikel I

In § 1 Abs. 1 werden die Übergangsheime für Spätaussiedler Jülich, Kopernikusstraße 12 und für ausländische Flüchtlinge Jülich, Bahnhofstraße 13, gestrichen.

Artikel II

In § 2 Abs. 1 und 2 werden die Worte „Stadtdirektor“ durch „Bürgermeister“ ersetzt.

Artikel III

In § 5 Abs. 1, Satz 3 wird der Betrag 9,50 DM durch 10,20 DM (ab 01.01.2002=5,20 Euro) sowie der Betrag von 6,50 DM durch 20,25DM (ab 01.01.2002=10,35 Euro) ersetzt.

Artikel IV

In § 5 Abs. 2, wird der 1. Unterabsatz hinter der Überschrift aufgehoben und erhält folgende Fassung:

„Es wird eine Pauschale von 69,00 DM (ab 01.01.2002=35,30 Euro)/monatlich/je Person festgesetzt, welche die Strom-, Heiz- und Wasserkosten sowie die Kanalbenutzungsgebühren berücksichtigt.“

Artikel V

In § 5 Abs. 2, wird der 2. Unterabsatz hinter der Überschrift aufgehoben und erhält folgende Fassung:

„Als Pauschale für Stromkosten werden folgende Beträge je Person und Monat erhoben:

- für Haushaltsvorstand 40,00 DM (ab 01.01.2002=20,45 Euro)
- für Haushaltsangehörige 20,00 DM (ab 01.01.2002=10,25 Euro)
- für Kinder bis zum 7. Lebensjahr 5,00 DM (ab 01.01.2002=2,55 Euro)

Die Pauschale für Heizkosten beträgt 44,00 DM (ab 01.01.2002=22,50 Euro) je Person und Monat, und als Pauschale für Wasserkosten und Kanalbenutzungsgebühren werden 26,00 DM (ab 01.01.2002 =13,30 Euro) je Person und Monat festgesetzt.“

Artikel VI

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.